Gesetz über die Kantonsbeiträge an Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (KFEG)

vom 24. September 2007 (Stand 1. Januar 2008)

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden,

gestützt auf die Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995¹⁾,

beschliesst:

I. Allgemeines

(1.)

Art. 1 Zweck

¹ Dieses Gesetz regelt die Ausrichtung von Kantonsbeiträgen an Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (Art. 8 Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts²⁾) bis zum Erlass der kantonalen Einführungsgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen³⁾.

Art. 2 Institutionen

¹ Als Institutionen gelten:

- a) Werkstätten, die dauernd intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen invalide Personen beschäftigen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können;

¹⁾ KV (bGS [111.1](#))

²⁾ ATSG (SR [830.1](#))

³⁾ IFEG (SR [831.26](#))

- b) Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen für invalide Personen;
- c) Tagesstätten, in denen invalide Personen Gemeinschaft pflegen und an Freizeit- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

² Einheiten einer Einrichtung, welche die in Abs. 1 erwähnten Leistungen erbringen, sind den Institutionen gleichgestellt.

³ Institutionen, die der Durchführung von medizinischen Massnahmen dienen, fallen nicht unter dieses Gesetz.

II. Beiträge an Institutionen

(2.)

Art. 3 Allgemeines

¹ Der Kanton leistet Beiträge, wenn ein finanzieller Bedarf besteht und eine kantonale oder interkantonale Planung den spezifischen Bedarf nach Leistungserbringung nachweist.

² Die Beitragsleistung kann mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

³ Zu Unrecht ausbezahlte Beiträge können zurückgefordert werden.

Art. 4 Baubeiträge

¹ Der Kanton leistet Beiträge von einem Drittel der anrechenbaren Kosten an den Neu-, Um- oder Ausbau sowie an die Ausstattung.

² Für Pilotprojekte können die Beiträge bis auf 80 % der anrechenbaren Kosten angehoben werden.

Art. 5 Betriebsbeiträge

¹ Der Kanton leistet Beiträge an die Betriebskosten anerkannter Institutionen, die durch die Unterbringung oder Beschäftigung von invaliden Personen entstehen, sofern die invaliden Personen vor Eintritt in die Institutionen den zivilrechtlichen Wohnsitz¹⁾ in Appenzell Ausserrhoden hatten.

¹⁾ Art. 23 ff. ZGB (SR [210](#))

² Die Beiträge werden weiterhin ausgerichtet, wenn die in den Institutionen untergebrachten invaliden Personen das Rentenalter der AHV erreicht haben.

Art. 6 Anerkennung von Institutionen

¹ Bau- und Betriebsbeiträge werden nur an anerkannte Institutionen geleistet. Institutionen werden anerkannt, wenn insbesondere

- a) ein Infrastruktur- und Leistungsangebot vorhanden ist, welches den Bedürfnissen der betroffenen Personen entspricht,
- b) eine fach- und führungskompetente Leitung sichergestellt sowie das nötige Fachpersonal vorhanden ist,
- c) geordnete wirtschaftliche Verhältnisse ausgewiesen sind,
- d) die Aufnahmebedingungen offengelegt sind,
- e) eine genügende Aufsicht durch die Trägerschaft besteht,
- f) die Qualitätssicherung gewährleistet ist,
- g) die Persönlichkeitsrechte der invaliden Personen gewahrt sind.

² Der Regierungsrat regelt das Nähere.

Art. 7 Weitere Beiträge

¹ Der Kanton kann Beiträge an Organisationen der privaten Invalidenhilfe ausrichten für Beratungs- und Betreuungsleistungen, die nicht anderweitig angeboten werden.

² Er kann in besonderen Fällen Beiträge ausrichten für Leistungen von Institutionen, die nicht diesem Gesetz oder der Heimvereinbarung¹⁾ bzw. der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen²⁾ unterstehen.

Art. 8 Bestimmung der Beitragsleistungen

¹ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten für die Bestimmung der Bau- und Betriebsbeiträge sowie der weiteren Beitragsleistungen.

¹⁾ bGS [852.3](#)

²⁾ IVSE (bGS [852.5](#))

III. Schlussbestimmungen

(3.)

Art. 9 Vollzug

¹ Der Regierungsrat regelt den Vollzug dieses Gesetzes und kann Vereinbarungen abschliessen. Die Institutionen und Behindertenorganisationen werden angehört.

² Das Departement Gesundheit vollzieht dieses Gesetz.

Art. 10 Erstellung eines Konzepts

¹ Der Regierungsrat erstellt ein Konzept zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen.

² Das Konzept enthält folgende Elemente:

- a) Eine Bedarfsplanung in quantitativer und qualitativer Hinsicht;
- b) das Verfahren für periodische Bedarfsanalysen;
- c) die Art der Zusammenarbeit mit den Institutionen;
- d) die Grundsätze der Finanzierung;
- e) die Grundsätze der beruflichen Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals;
- f) ein Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten zwischen invaliden Personen und Institutionen;
- g) die Art der Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, insbesondere in der Bedarfsplanung und Finanzierung;
- h) die Planung für die Umsetzung des Konzepts.

³ Die Institutionen und Behindertenorganisationen werden angehört.

Art. 11 Referendum und Inkrafttreten

¹ Das Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum¹⁾.

² Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten²⁾.

¹⁾ Die Referendumsfrist ist am 27. November 2007 unbenutzt abgelaufen.

²⁾ 1. Januar 2008